

Antrag

der Abgeordneten Dr. Bernd Baumann, Dr. Gottfried Curio, Martin Hess, Steffen Janich, Dr. Christian Wirth, Marcus Bühl, Thomas Dietz, Dr. Malte Kaufmann, Stefan Keuter, Jörn König, Barbara Lenk, Tobias Matthias Peterka, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Fortführung des Expertenkreises Politischer Islamismus sicherstellen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Expertenkreis Politischer Islamismus des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) analysiert – laut Selbstdarstellung des BMI – aktuelle und sich wandelnde Erscheinungen des politischen Islamismus aus wissenschaftlicher Perspektive und entwickelt Handlungsempfehlungen.¹

Dieser Expertenkreis wurde 2021 vom damaligen Bundesinnenminister für die Dauer von zunächst einem Jahr eingerichtet. Horst Seehofer begründete damals den Schritt wie folgt:

„Wir müssen entschlossen gegen jede Ideologie vorgehen, die sich gegen die Werte und Normen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung richtet. Es ist wichtig, dass nicht nur gewalttätige Formen von Extremismus, sondern auch solche, die sich ideologischer Mittel bedienen, als Gefahr für die Werte unseres Landes erkannt und identifiziert werden. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die neben den Sicherheitsbehörden viele staatliche und zivilgesellschaftliche Stellen fordert. Der Expertenkreis ist damit ein weiterer Teil des Gesamtansatzes zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus, in dem polizeiliche Maßnahmen durch Prävention komplettiert werden.“²

Der Islamismus ist und bleibt eine ernstzunehmende Bedrohung in Deutschland: für das Wohlergehen und die freiheitliche Lebenskultur seiner Bevölkerung sowie wesentliche Grundprinzipien wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Ein Blick auf die Statistik zeigt, welche Gefahr vom Islamismus allein in Deutschland ausgeht:

¹ <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/sicherheit/extremismus/islamismus-und-salafismus/politischer-islamismus/epi-artikel.html>

² <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2021/06/expertenkreis-politischer-extremismus.html>

Laut Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz aus dem Jahr 2021 fallen 28.290 in Deutschland lebende Personen in den Bereich „Islamismus/islamistischer Terrorismus“. Größte Gruppe mit mehr als 11.000 Personen sind die Salafisten.³

Bei deutschen Sicherheitsbehörden waren zum Ende 2021 554 islamistische Gefährder und 526 relevante Personen erfasst⁴ – dreimal so viele wie links- und rechtsextremistische Gefährder zusammengenommen.

Am Sichtbarsten wird die Bedrohungslage, wenn der politische Islamismus im Terrorismus mündet. Die Bilanz für Deutschland ist erschreckend. Beispielhaft sind hier zu nennen:

- 8. September 2022: Ein Mann geht in Ansbach mit zwei Messern bewaffnet wahllos auf Menschen los. Er verletzte einen 17- und einen 20-Jährigen, schrie dabei „Allahu Akbar“ und wurde von Polizisten erschossen.
- 6. November 2021: Ein 27-jähriger Syrer greift in einem Zug zwischen Regensburg und Nürnberg drei Passagiere mit einem Messer an. Drei Verletzte.
- 4. Oktober 2020: Ein 20-jähriger Syrer attackiert in der Dresdener Altstadt zwei Männer mit einem Messer. Er gilt als Sympathisant des „Islamischen Staates“. Ein Toter, ein Verletzter.
- 18. August 2020: Ein 30-jähriger Iraker verursacht aus islamistischen Motiven eine Unfallserie auf der Autobahn A100 in Berlin. Sechs Verletzte.
- 27. April 2020: Anschlagsserie auf türkischstämmige Personen in Waldkraiburg durch einen 25-Jährigen, der sich selbst als IS-Anhänger bezeichnete. Sechs Verletzte.
- 28. Juli 2017: Angriff mit einem Messer in einem Lebensmittelgeschäft in Hamburg; Tatverdächtiger gilt als Sympathisant des „Islamischen Staates“. Ein Toter, sechs Verletzte.
- 19. Dezember 2016: Angriff mit einem Lkw auf einen Weihnachtsmarkt in Berlin. Der „Islamische Staat“ bekannte sich wenig später zu der Tat. 13 Tote, 61 Verletzte.
- 24. Juli 2016: Sprengstoffanschlag durch Selbstmordattentäter in Ansbach; der Attentäter war mutmaßlich Sympathisant des „Islamischen Staates“, der den Anschlag für sich reklamierte. Ein Toter (Täter), 14 Verletzte.
- 18. Juli 2016: Angriff mit Hieb- und Stichwaffe in einem Regionalzug bei Würzburg; der „Islamische Staat“ reklamierte den Anschlag für sich. Ein Toter (Täter), fünf Verletzte.
- 16. April 2016: Sprengstoffanschlag auf einen Tempel der Sikh-Gemeinde in Essen; die Tatverdächtigen sind mutmaßliche Sympathisanten des „Islamischen Staates“. Drei Verletzte.
- 26. Februar 2016: Messerattacke in Hannover auf einen Polizeibeamten; die Tatverdächtige ist Sympathisantin des „Islamischen Staates“. Ein Verletzter.⁵

Der Verfassungsschutz vermutet, dass viele Attentäter, die Taten in Deutschland verübten, auch in islamistischen Vereinigungen in Deutschland organisiert waren.⁶

³ Bundesministerium des Innern und für Heimat: Verfassungsschutzbericht 2021.

⁴ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion auf BT-Drucksache 20/1572

⁵ <https://www.tag24.de/nachrichten/politik/international/terror/zehn-anschlaege-seit-2016-in-deutschland-doch-faeser-lehnt-weitere-islamismus-untersuchung-ab-2601271>

⁶ https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/islamismus-und-islamistischer-terrorismus/zahlen-und-fakten/zahlen-und-fakten_node.html, Stand, 08.03.2022.

Die Terrorismusabteilung des Generalbundesanwalts hat vom 1. Januar 2020 bis zum 1. Juli 2022 insgesamt 757 Ermittlungsverfahren im Bereich Islamistischer Terrorismus eingeleitet. Im Bereich Rechtsterrorismus wurden seitdem 26 Verfahren neu eingeleitet, im Bereich Linksterrorismus 17 Verfahren. Innerhalb dieser drei „Phänomenbereiche“ machten die Verfahren zum islamistischen Terrorismus demnach knapp 95 Prozent aus.⁷

Der Generalbundesanwalt Peter Frank sagte: „Der islamistisch motivierte Terrorismus dominiert unsere Arbeit nicht nur zahlenmäßig. Auch in der Sache zeigen diverse Verfahren, dass die Gefahr durch islamistische Anschläge im Inland fortbesteht.“⁸

Vor diesem Hintergrund ist jede Verharmlosung oder Beschwichtigung des politischen Islamismus unangebracht und sicherheitsgefährdend. Ein Mitglied des Expertenkreises, der Würzburger Staatsrechtler Kyrill-Alexander Schwarz, erklärte, dass es sich mutmaßlich um eine „politische Entscheidung“ handle, das Gremium nicht fortzuführen. Die alleinige Fokussierung der amtierenden Bundesinnenministerin auf den Rechtsradikalismus wird der Bedrohungslage nicht gerecht.⁹

In der am 19. September 2022 erfolgten Anhörung des Ausschusses für Inneres und Heimat des Deutschen Bundestages zum Thema der Finanzierung des Islamismus wurde dieses Problem noch einmal deutlich. Mehrere Sachverständige lenkten das Augenmerk weg von der Gefährlichkeit des Islamismus und sprachen über eine vermeintlich zunehmende gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gegen Muslime, welcher entgegen gewirkt werden müsse. Die Muslimischen Gemeinden als Ganzes stünden unter Generalverdacht. Das größte Problem sei letztlich die Islamophobie, nicht der Islamismus selbst.¹⁰ Vertreter dieses Narrativ legen nahe, dass hierbei auch das Grundrecht auf freie Religionsausübung gefährdet sei. Die Anmahnung einer Grundrechtsverletzung gegen Muslime bringt immer mehr politische Akteure in Deutschland in eine Position der Beschwichtigung und Unterwerfung gegenüber den Wünschen der Islamverbände. So forderten in o. g. Anhörung wieder mehrere Sachverständige, als Behelf gegen den wachsenden Islamismus, die Finanzierung von Moscheegemeinden durch den deutschen Staat, die Aushandlung von Staatsverträgen sowie die Anerkennung von islamischen Gemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts.¹¹ Andere Sachverständige verwiesen hingegen auf das Scheitern solcher Bemühungen in Hessen und Hamburg.¹²

Der Islamkritiker Ahmad Mansour äußerte bereits 2021: „Die Tabuisierung der Debatten über den Islam und die reflexhafte Einordnung von kritischen Stimmen in die rechte Ecke, vergiftet die Diskurskultur, bedroht die Meinungsfreiheit. Am meisten leiden darunter ausgerechnet Muslime.“¹³

Der Bundeshaushalt 2021 sah für „Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ (Programm „Demokratie leben!“) Ausgaben von gut 150 Millionen Euro vor, für 2022 etwa 160 Millionen Euro¹⁴, für 2023 sollen es nun 182 Millionen

⁷ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article239937699/Generalbundesanwalt-Bedrohung-durch-islamistischen-Terrorismus-am-groessten.html>

⁸ ebenda

⁹ <https://www.tag24.de/nachrichten/politik/international/terror/zehn-anschlaege-seit-2016-in-deutschland-doch-faeser-lehnt-weitere-islamismus-untersuchung-ab-2601271>

¹⁰ Sachverständige Gardi, 20(4)103 F, Sachverständiger Prof. Dr. Rohe, 20(4)103 A

¹¹ Sachverständige Gardi, 20(4)103 F, Sachverständiger Dr. El Difraoui 20(4)103 H

¹² Sachverständiger Heinisch, 20(4)103 B, Sachverständiger Prof. Dr. Khorchide, 20(4)103 G, Sachverständige Schönenbach, 20(4)103 D

¹³ https://www.focus.de/politik/meinung/an-euch-woke-helden-eure-billige-empoeerung-bringt-muslimen-in-deutschland-gar-nichts_id_13565297.html

¹⁴ <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/projektideen-fuer-demokratiefoerderung-gesucht-199880>

Euro¹⁵ sein. Dieses insgesamt mit einem Finanzvolumen von gut 1 Milliarde Euro ausgestattete Bundesprogramm wendet sich gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit, jedoch nicht gegen politischen Islamismus.

Und auch im Diskussionspapier des Familien- und Innenministeriums zum angekündigten „Demokratiefördergesetz“, mit dem die Koalition die Leitlinien für eine Bekämpfung von Extremismus legen will und das noch in diesem Jahr beschlossen werden soll, kommt der Islamismus als Bedrohung nicht vor. Bisher werden in diesem Zusammenhang lediglich „Islam- und Muslimfeindlichkeit“ genannt.¹⁶

Es ist daher sinnvoll, dass künftig die im Bundeshaushalt für den Kampf gegen Extremismus zur Verfügung gestellten Finanzmittel an das statistisch dokumentierte Bedrohungspotential angepasst werden und somit mindestens ein Drittel aller Finanzmittel zukünftig für den „Kampf gegen den politischen Islam“ verwendet werden.

Der Sozialwissenschaftler Ruud Koopmans sagte, dass ihn die Entscheidung zur Auflösung des Expertengremiums bestürze. Die Leiterin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam, Susanne Schröter, warnte: „Wir haben so viele Probleme in Schulen.“ In manchen Milieus sei eine „totale Ablehnung der deutschen Gesellschaft“ festzustellen. All dies müsse „behandelt und eingefangen werden“.¹⁷ Die deutsche Journalistin und Feministin Alice Schwarzer hält den Islamismus gar für eine „politische Gefahr im Weltmaßstab“.¹⁸

Bereits im Antrag der AfD-Fraktion zum Thema „Finanzierung des Islamismus austrocknen“ auf BT-Drucksache 20/1020, wurde weitsichtig eine Fortführung des im Bundesministerium des Innern und für Heimat bestehenden „Expertenkreis Politischer Islamismus“ als dauerhaftes Fachgremium gefordert.

Der vorgenannte Antrag wendet sich gegen die oft intransparenten Finanzierungsstrukturen von Islamverbänden, die mit ihren Moscheegemeinden häufig Quelle der Radikalisierung junger Menschen sind. Eine Radikalisierung, die nicht nur zur Ablehnung rechtsstaatlicher Strukturen, sondern in der Spitze eben auch zu Gewalt gegen Andersgläubige und Terrorismus führt.

In Deutschland gibt es 960 Islamverbände.¹⁹ Die meisten Islamverbände, Moscheeverbände und muslimische Dachverbände in Deutschland gehören der 2006 gegründeten Deutschen Islamkonferenz (DIK) an. Diese versteht sich als Dialogforum zwischen deutscher Politik, Verwaltung und den in Deutschland lebenden Muslimen. Der Islamexperte Hamed Abdel-Samad trat im November 2020 aus eben dieser DIK aus. Er konfrontierte den ehemaligen Bundesinnenminister Horst Seehofer, in einem an diesen gerichteten, offenen Brief, mit den Worten: „Der Staat biedert sich an die Vertreter des politischen Islam in dieser Konferenz an und ignoriert alle Warnungen und Vorschläge der kritischen Stimmen.“ Hierzu zählt u. a. die mögliche Radikalisierung junger Muslime in Islamverbänden, Moscheeverbänden und muslimischen Dachverbänden in Deutschland. Hamed Abdel-Samad kritisiert u. a., dass die Bundesregierung den „Einfluss extremistischer Verbände auf die Imam-Ausbildung in Deutschland ausbaue und finanziere.“²⁰

Auf Hinweise zur zunehmenden Radikalisierung von Muslimen in und durch Islamverbände und deren Finanzierung durch den Bund, ging schon Horst Seehofer nicht ein. Die amtierende Bundesinnenministerin setzt diese leidliche Entwicklung nun fort.

¹⁵ Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2023, Titel 684 04

¹⁶ <https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2022/islamismus-fuer-regierung-unwichtig/>

¹⁷ <https://www.tag24.de/nachrichten/politik/international/terror/zehn-anschlaege-seit-2016-in-deutschland-doch-faeser-lehnt-weitere-islamismus-untersuchung-ab-2601271>

¹⁸ <https://www.deutschlandfunk.de/alice-schwarzer-islamismus-ist-eine-politische-gefahr-im-100.html>

¹⁹ <https://www.ditib.de/default1.php?id=5&sid=8&lang=de>, Stand, 01.03.2022.

²⁰ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article220087294/Islamkonferenz-So-antwortet-Seehofers-Haus-auf-Kritik-von-Abdel-Samad.html>, Stand, 01.03.2022.

In Nordrhein-Westfalen sind dem Verfassungsschutz zurzeit 114 Moscheen als Anlaufstellen von Islamisten bekannt. Die Zahl sei im Vergleich zu 2021 konstant geblieben, heißt es in der Antwort des Innenministeriums (Drucksache 17/14971) auf eine Anfrage der AfD im Landtag.

Im vergangenen Jahr schätzte das Innenministerium die Zahl der Moscheevereine im Land auf 850 bis 1000. Im Visier des Verfassungsschutzes waren damals laut Ministerium vor allem Moscheen mit salafistischem Hintergrund. Der Salafismus gilt als eine ultrakonservative Strömung innerhalb des Islams.²¹

Im Jahr 2012 hat das Land Hamburg Staatsverträge mit den muslimischen Verbänden im Land unterzeichnet. Damals hieß es, die Staatsverträge seien ein Symbol dafür, dass die muslimischen Gemeinden anerkannt würden.²² Den Islamverbänden wurde diese Kooperation mit erheblichen finanziellen Zuwendungen schmackhaft gemacht.

Der Islamkritiker Abdel Samad sagte, dass die Unterstützung dieser Islamverbände und der Islamkonferenz eine „Veruntreuung von deutschen Staatsgeldern und eine Gefahr für die innere Sicherheit Deutschlands“ sei.

Viele mit dem Staatsvertrag erhoffte Resultate der Integration von Muslimen in die deutsche Kultur blieben aus. Beispiel Islamisches Zentrum Hamburg (IZH): Das IZH taucht schon seit Jahren in den Hamburger Verfassungsschutzberichten auf. Unter anderem, weil das IZH bis 2018 zu den jährlichen, teils antisemitischen Al-Quds-Demonstrationen in Berlin aufgerufen hatte. Seit Jahren wächst die islamistische Szene in Hamburg. Die Zahlen von Salafisten und Dschihadisten steigen. Sie treffen sich in Cafés und Restaurants, sammeln Spenden für ihre Sache, veranstalten Demonstrationen. Der Verfassungsschutz versucht, die Szene im Blick zu behalten.²³

Das IZH, ähnlich wie viele andere Islamverbände bzw. Moscheegemeinden integrieren Zuwanderer nicht in die deutsche Gesellschaft, sondern in gefährliche Parallelgesellschaften.

Frankreichs Staatspräsident Emanuel Macron sprach gar von Gegengesellschaften. Der radikale Islamismus führe „zur Verleugnung der Gesetze der Republik, zur Verharmlosung der Gewalt“ und habe „einige unserer Bürger, einige unserer Kinder, dazu veranlasst hat, das Schlimmste zu wählen oder zu glauben, dass das Schlimmste zur Selbstverständlichkeit geworden ist“. Das schaffe die Bedingungen für politischen Missbrauch, für gewalttätige Übergriffe, und münde im islamistischen Terrorismus.²⁴

Daher gilt es, weiterhin ein hohes Augenmerk auf die Entwicklung des Politischen Islamismus in Deutschland zu legen, zu Grunde liegende Probleme grundlegend und schonungslos, aber vor allem ohne politisch-ideologische Scheuklappen zu analysieren und sodann zielgerichtete Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Ein Baustein hiervon ist der Expertenkreis Politischer Islamismus im BMI. Wir brauchen keine Kultur des Wegsehens, sondern konsequentes Handeln zum Schutze und zum Wohle Deutschlands.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den im Bundesministerium des Innern und für Heimat bestehenden „Expertenkreis Politischer Islamismus“ als dauerhaftes Fachgremium einzurichten und mit allen notwendigen Mitteln bestmöglich bei seiner Arbeit zu unterstützen,

²¹ https://www.zeit.de/news/2022-08/10/114-moscheen-als-anlaufstellen-von-islamisten-bekannt?utm_referer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F

²² <https://www.deutschlandfunk.de/neun-jahre-staatsvertraege-in-hamburg-ein-meilenstein-fuer-100.html>

²³ ebenda

²⁴ <https://www.rtf1.de/news.php?id=27057>

2. die Entscheidung zur Auflösung des in der Nummer 1 genannten Gremiums zu revidieren und
3. bei der Bekämpfung von Extremismus den Fokus auf das tatsächliche und statistisch dokumentierte Bedrohungspotential zu legen und alle Budgets und Maßnahmen hieran zu orientieren.

Berlin, den 23. September 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

